Landesbezirk NRW

SPD BG Eisenbahn NRW, Postfach 50 01 64, 44201 Dortmund

Kein Lohndumping in NRW!

An die Landesvorsitzende der SPD NRW Hannelore Kraft

An den Landesvorsitzenden der AfA NRW, Armin Jahl Kavalleriestraße 16 40213 Düsseldorf

Liebe Hannelore, lieber Armin,

der Landesvorstand der SPD Betriebsgruppe Eisenbahnen hat sich am 22. März 2011 in Dortmund mit dem aktuellen Stand zum Erlass eines Landestariftreuegesetzes in NRW beschäftigt und durch Beschluss bekräftigt:

Im Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl 2010 und auch im Koalitionsvertrag ist festgeschriebenes Ziel ein neues Landestariftreuegesetz und einen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen einzuführen.

Als sozialdemokratische Eisenbahnerinnen und Eisenbahner haben wir dieses sehr begrüßt und betrachten dieses als wesentlichen Bestandteil zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping in NRW für den Schienenpersonennahverkehr und den öffentlichen Personannahverkehr.

Der aktuelle Sachstand ist für uns jedoch in keiner Weise zufriedenstellend.

Noch immer wurde kein Entwurf zu einem solchen Gesetz vorgelegt, obwohl SPD-Fraktionen in anderen Bundesländern bereits Entwürfe zu Landestariftreuegesetzen einbrachten und in Regierungsverantwortung auch durchsetzten.

Tariftreue schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor prekärer Beschäftigung und Lohndumping. Tariftreue schützt aber auch die öffentlichen Sozialkassen, denn in vielen Bereichen – auch im ÖPNV sind durch öffentliche Aufträge Arbeitnehmer auf zusätzliche Aufstockerleistungen angewiesen.

Zudem fordern wir ein Landestariftreuegesetz, das seinen Namen auch verdient!

Folgende Schwerpunkte müssen hierzu Gesetzesinhalt werden:

- Vorgabe von Mindeststandards in Anwendung des Arbeitnehmerentsendegesetzes!
- Vergabespezifischer Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 €!



- 2 -

- Vorgabe des repräsentativsten Tarifvertrages, der mit einer tariffähigen Gewerkschaft abgeschlossen worden sein muss!
- Förderung der beruflichen Erstausbildung!
- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen!
- Umweltfreundliche Beschaffung und Leistungserbringung!
- Geltung der Gesetzesinhalte auch für Nachunternehmen und Leiharbeitnehmer

Wir bitten Euch nun das Gesetzgebungsverfahren entsprechend den DGB Eckpunkten, die der SPD vorliegen, in Gang zu setzen.

Mit solidarischen Grüßen

(Norbert Schilff)